

Über die Unentbehrlichkeit von Kultur fürs souveräne Meistern von Krisen

## Vorhang auf für die Künste!

«Aufstehen für die Kunst» heisst eine Initiative aus Bayern. Gegen die rigiden Einschränkungen des Kulturbetriebs geht sie juristisch vor. Sie kritisiert die Geringschätzung der Kultur durch Politik, wenn Regierungen die Künste lediglich als Unterhaltung oder Erbauung einstufen, als etwas Schönes, doch existenziell Entbehrliches.

Was wäre sie denn, «die Kultur», da, wo sie mehr als Unterhaltung und Erbauung betreibt, was sie ja auch tut? Darüber sprach ich mit ein paar Leuten aus Politik und Wirtschaft. Ergebnis: Kultur gilt als eine Art höhere Konsumbranche, sympathisch, doch nicht systemrelevant, was man leicht daran erkenne: Unsere Gesellschaft kollabiere keineswegs, obwohl die Bühnen seit Monaten zugesperrt sind.

Kann man so sehen. Kollabiert sind wir nicht. Doch wie sind wir drauf, wie meistern wir den Coronaschlamassel? Soso lala. Warum nicht prima? Fehlt es an Sachkompetenz? Es wimmelt von Sachkompetenzen. Trotzdem liefen und laufen manche Dinge schleppend, die psychische Widerstandskraft wirkt eher asthmatisch, kommunikativ viel Wischiwaschi, die Haltung kam nie in einer souveränen Phase an, zu ängstlich blieb ihre Grundmelodie.

Das macht keine Fachkompetenz wett. Es liegt an unserer kulturellen Verfassung. Unschlagbar wäre eine Mischung aus Lebensfreude, intellektueller Vifheit, Mut, Fantasie, Appetit auf Zukunft. Woher sollte das kommen? Studieren lässt es sich nicht. Politisch anordnen auch nicht. Politik ist immer nur so gut wie das, was in unseren Köpfen bereits spukt: Meinungen, fixe Ansichten, ideologische Abneigungen, nebulöse Erwartungen, fromme Absichten. Damit managen wir die Pandemie.

«Kultur gilt als eine Art höhere Konsumbranche, sympathisch, doch nicht systemrelevant.»

Das sogenannte Gesundheitswesen wird auch nach Corona ein Dauerkrisenfall bleiben. Alle werden aus ihrem Blickwinkel (Prämien, Chefärzte, Regionalspital) weiter lamentieren: Politik kriegt es nicht auf die Reihe! Kein Wunder, da ist auch kein politisches Problem. Ein kulturelles schon. Eine existenzielle Grundverwirrung. Wir wissen nicht mehr, was ein Mensch ist, ein Mensch in seiner Endlichkeit. Am liebsten möchten alle ewig leben – oder wenigstens mit 130 gesund einschlafen und beim Aufwachen feststellen, dass sie tot sind und nie mehr das bescheuerte Zwetschgenjoghurt löffeln müssen. Wir erwarten unaufhörlichen Reparatur-Service durch Medizin – zu Tiefpreisen. Vergänglichkeit lehnen wir ab – erst die Glatze, dann die Impotenz, am Ende das Schicksal, den Tod. Wie sollten wir das «Gesundheitswesen» so in den Griff bekommen?

Durch Kultur. Kultur als Trainingscamp für menschliche Kondition. Wir sind Sinneswesen.

Argumentation ist gut, Anschauung ist besser. Animation! Inspiration! Verführung! Charme, Elend und die Würde endlicher Existenz wollen uns vor Augen geführt werden, unsere Ohren erfüllen, unseren Sinnen einleuchten. Das schaffen, wenn überhaupt, nur Künste.

Kultur ist kein «höherer» Konsum. Ich sauge Gustav Mahlers Musik nicht kulinarisch ein. Mich interessiert: Was macht sie mit mir? Verwandelt sie mich? Bilder von Yves Klein und Gerhard Richter und Ives Netzhammer sind mir kein Augenschmaus. Mich interessiert: Verändern sie mein Leben? Steigern sie es?

Kunst ist keine Dienstleistung. Eher eine Lebensleistung. Die Leistung, uns in Form zu bringen, in Menschenform. Der Mensch existenz neue Spielformen zu entdecken – reichere, nuanciertere, ernstere, lustigere, raffiniertere. Die Leistung, gesellschaftliche Standards in der Möglichkeitsform zu variieren. Die Welt als Möglichkeit – das ist Spiel und höchster Ernst. Da liegt der Geburtsort jeder menschlichen Autonomie, der Zentralnerv jeder inneren Freiheit – und das Geheimnis einer vitalen Gesellschaft. Nur das Spiel mit Möglichkeitsformen schützt vor dem Todfeind jeder Lebendigkeit: dem Spiessertum mit seinen kompostierten Blickrichtungen.

Vorhang auf für die Künste!



Ludwig Hasler  
Philosoph und Publizist. Mitglied des Publizistischen Ausschusses CH Media.

Rudolf Hug fotografiert



### Die verschobenen Nasenlöcher

Nach heutigen Erkenntnissen haben sich Wale vor etwa 60 Millionen Jahren aus landlebenden Huftieren entwickelt. Sie sind deshalb Säugetiere respektive Lungenatmer und müssen regelmässig an die Wasseroberfläche, um Luft zu holen. Damit die Sicht beim teilweisen Ausatmen unter Wasser nicht beeinträchtigt wird, haben sich die Nasenlöcher nach hinten, auf den Rücken verschoben. Kommt die feuchte Atemluft beim Auftauchen aus dem sogenannten Blasloch herausgeschossen, dehnt sie sich aus und kühlt im Nu ab. Dabei

condensiert der Wasserdampf zu winzigen Wassertropfchen, die man als Fontäne sieht. Ich bin mit der «Glacier Seal», einem kleinen Boot, auf einer mehrtägigen Walbeobachtungsfahrt in den Gewässern vor Alaska. Den ganzen Tag konnten wir Buckelwale beobachten und ankern jetzt in einer Bucht. Die etwa 12 bis 15 Meter langen Tiere können bis zu 35 Tonnen schwer werden und gehören zur Familie der Furchenwale. Tief beeindruckt von den Erlebnissen des Tages geniessen wir an Deck den Son-

nenuntergang, als eine Gruppe der sanften Riesen fast lautlos an uns vorüberzieht. Die Atemfontänen leuchten im Gegenlicht der Sonne und machen den schönen Tag zu einem perfekten Tag.

Die Fotokolumne in einem Buch  
Je 25 Geschichten sind in den Büchern «Tiergeschichten aus aller Welt, Band 1 und 2» zusammengefasst. Erhältlich in Buchhandlungen oder direkt beim Autor. [www.rudolf-hug.ch](http://www.rudolf-hug.ch)

Kommentar

### Das Strafrecht ist besser als sein Ruf

«Ich wurde vergewaltigt.» Alle wissen, was mit dieser Aussage gemeint ist, und reagieren mit Betroffenheit.

«Ich wurde sexuell genötigt.» Diese Aussage klingt weniger brutal, eher technisch. Die wenigsten wissen, was gemeint ist, und reagieren mit Fragen.

Dabei kann es sein, dass ein Täter, der eine schwere sexuelle Nötigung begangen hat, länger ins Gefängnis muss als ein Vergewaltiger. Beide Delikte haben eine Höchststrafe von zehn Jahren.

Aktivistinnen betreiben derzeit viel Aufklärungsarbeit, um die Definition von Vergewaltigung auszuweiten. Zu kurz kommt dabei Aufklärungsarbeit, die erklärt, was heute eigentlich schon im Gesetz steht. Zum Beispiel, dass es gleich schlimm sein kann, «nur» Opfer einer sexuellen Nötigung oder einer Schändung zu sein.

Dabei geht auch vergessen: Schon heute ist Sex gegen den Willen einer Person nicht erlaubt. Es steht nirgends im Gesetz, dass sich ein Vergewaltigungsoffer wehren muss. Aber wenn es nur den Kopf schüttelt, ist das viel schwieriger zu beweisen. Deshalb ist bei Gegenwehr eine Verurteilung wahrscheinlicher. Das bleibt auch so, wenn das Gesetz verschärft wird.

In der Debatte wird viel über Begriffe gestritten. Ob eine Tat nun aber Vergewaltigung, sexuelle Nötigung oder sexueller Übergriff heisst, ist nicht entscheidend. Entscheidend ist, dass die Strafe dafür gerecht ist.



Andreas Maurer  
[andreas.maurer@chmedia.ch](mailto:andreas.maurer@chmedia.ch)

Apropos

### Kiffen mit Kamala

Die neue, höchstständige Regierung in Washington ist von Beginn an sehr bemüht, sich von der höchstunabhängigen Vorgänger-Truppe abzusetzen. Anders als Donald Trump, aus dessen Stab fast im Wochentakt Mitarbeiter wegen krimineller Machenschaften verurteilt wurden, wollen Joe Biden und Vizepräsidentin Kamala Harris nur mit Sauberfrauen und Saubermännern zu tun haben. Sie jagen schwarze Schafe aus dem Weissen Haus, und zwar rigoros: Offenbar werden derzeit Mitarbeiter ins Visier genommen, die in der Vergangenheit Marihuana konsumiert haben. Dutzende junger Leute sollen deshalb auf die Strasse gestellt oder zum Rücktritt aufgefordert worden sein, ist in US-Medien zu lesen. Selbst Leute aus Staaten, in denen Marihuana legal ist, seien betroffen. Das alles, obwohl Biden ihnen zunächst versichert haben soll, dass es bei früherem Drogenkonsum heisse: «Schwamm drüber.» Für eine gilt das wohl tatsächlich: Kamala Harris. Sie hatte 2019 noch freimütig in einem Interview erzählt, im College selbst gekifft zu haben.

Fabian Hock

# Auf dem Land bleibt vieles unerkannt

Wer in der Nähe eines Zentrumsitals wohnt, hat medizinische Vorteile. Das zeigt eine Schweizer Studie zur Qualität der Diagnostik.

Bruno Knellwolf

Diese Studienresultate sind Zunder in der Spital-Diskussion: Wer weit weg von einem Zentrumsital wohnt, hat schlechtere Karten bei der präzisen Diagnostik einer seltenen Erkrankung. «Wenn jemand zum Beispiel im Toggenburg lebt, hat er 60 Prozent kleinere Chancen, dass eine solche Erkrankung erkannt wird, als in der Nähe eines Zentrumsitals», sagt Martin Brutsche, Chefarzt am Lungenzentrum des Kantonsspitals St. Gallen.

Brutsche ist Mitautor einer Studie, die heute im renommierten Fachmagazin «Orphanet Journal of Rare Diseases» publiziert wird. Die St. Galler Forscherinnen und Forscher haben in ihrer Untersuchung 5,39 Millionen stationäre Fälle in der ganzen Schweiz zwischen den Jahren 2009 und 2012 untersucht. Die Studie zeigt, dass es selbst in der reichen und übersichtlichen Schweiz auf den Wohnort ankommt, was den Zugang zur Spitzenmedizin betrifft. Die Qualität der Diagnostik ist demnach schweizweit in ländlichen Gebieten schlechter. Das Risiko erhöht sich für eine Fehl- und Unterdiagnostik wie auch für eine zu späte Diagnose mit der wachsenden Entfernung von der Spezialitäten-Medizin.

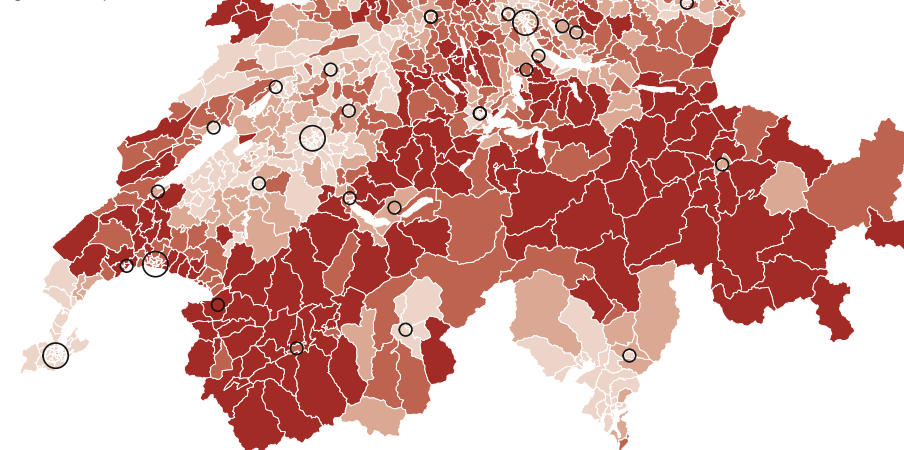
## Es braucht mindestens 7000 Fälle in einem Spital

«Wir haben festgestellt, dass es mindestens 7000 Fälle pro Jahr in einem Spital braucht, um eine genügende diagnostische Qualität zu erreichen», sagt der Pneumologe Brutsche. Diese Erkenntnis decke sich auch mit den wirtschaftlichen Spital-Gegebenheiten. Die Spital-Konzentration sei somit nicht nur ökonomisch bedingt, sondern auch medizinisch. «Man kann nicht in jedem kleineren Regionalspital Behandlungen aller Spezialisten anbieten, das kostet zu viel. Es

## Mit der Entfernung zu einem Zentrumsital sinkt die Qualität der Diagnostik

Diagnostik-Index: Je dunkler die Farbe, desto schlechter die Qualität der Diagnostik

- Universitätsspitäler
- Zentrumsitaler



Quelle: Orphanet Journal of Rare Diseases/Grafik: let

## «Die Spital-Konzentration ist nicht nur ökonomisch bedingt, sondern auch medizinisch.»



Martin Brutsche  
Chefarzt und Studienautor

braucht eine gewisse Konzentration der Kräfte», sagt Brutsche.

Das Risiko einer falschen oder zu späten Diagnose hat nicht mit der geografischen Entfernung zu irgendeinem Spital zu tun, sondern direkt mit jener zu einem vollausgestatteten Zentrumsital. Denn je grösser die Distanz zum Zentrum, desto eher fährt die Patientin oder der Patient mit seinen Beschwerden in ein kleineres Spital. Dort gibt es aber weniger Spezialisten und schlechtere technische Möglichkeiten, um seltene Erkrankungen zu erkennen.

«Geht jemand wegen desselben Leidens immer wieder in das gleiche Regionalspital, vergehen deshalb unter Umständen Jahre, bis die wirkliche Ursache

entdeckt wird», sagt Brutsche. So sei ein Schnupfen in der Regel zwar nichts Weiteres als ein Schnupfen. «Es kann aber sein, dass hinter einem wiederkehrenden Schnupfen eine seltene Krankheit steckt», sagt Brutsche. Und so kann die unentdeckte Erkrankung im schlimmsten Fall etwa zu einem Leber- oder Lungenschaden führen. Die Zahl an zu späten oder unpräzisen Diagnosen weit weg von den Zentrumsitalern ist gemäss der Studie hoch. Das heisst auch: «Da niemand ohne eine Diagnose nach Hause geht, muss diese in vielen Fällen falsch gewesen sein.»

Martin Knoblauch von Pro Raris, der Allianz der Patientenorganisationen für seltene

Krankheiten, sagt: «Zentrumsitaler sind breiter aufgestellt. Sie sehen grössere Fallzahlen und können die Diagnose einfacher multidisziplinär besprechen, weil sie mehr Disziplinen in einem Haus vereinen.» Um die Diagnose zu verbessern, sei die Konzentration in spezialisierten Zentren sinnvoll. Weil es sehr viele Krankheiten seien und diese nur in Einzelfällen auftreten, werde die Diagnostik in dezentralen Spitalern immer eine Herausforderung bleiben.

Sogenannte seltene Erkrankungen sind gar nicht so selten, wie man denkt. Zwar sind von einer einzelnen seltenen Krankheit nur wenige Menschen betroffen. Doch in der Summe ist deren Anzahl gross. «Es gibt

7000 bis 8000 davon», sagt Studienautor Brutsche. Gemäss dem Bundesamt für Gesundheit sind sieben Prozent der Schweizer Bevölkerung betroffen, also rund 600 000 Menschen.

## Telemedizin könnte einen Beitrag leisten

Eine dieser seltenen Erkrankungen ist zum Beispiel die Cystische Fibrose (CF), eine unheilbare vererbte Stoffwechselerkrankung, welche die Lunge schädigt. Diese chronische Erkrankung gehört mit etwa 1000 Betroffenen zu einer der häufigeren unter den seltenen. Allen seltenen Erkrankungen gleich ist, dass sie nicht leicht zu erkennen sind und dafür viel Wissen vorhanden sein muss.

Die meisten Menschen, die in einem Spital liegen, brauchen hochkomplexe Maschinen und hoch spezialisierte Fachärzte und auch spezialisierte Pflegenden. Das könne man in einem kleineren Regionalspital nicht bieten, sagt Brutsche.

«Deshalb muss man sich überlegen, wie man die Spezialitätenmedizin weiterentwickelt», meint der Experte. Er sieht die Studienresultate als «einen Auftrag», herauszuarbeiten, wie man die spezialisierte Medizin in die Peripherie bringe, sodass sie finanziell tragbar und doch von hoher Qualität sei. Eine Variante sei Telemedizin, die geografisch unabhängig funktionieren kann.

Mit telemedizinischer Beratung in Zusammenarbeit mit dem Hausarzt könnte man auch regional hoch spezialisierte Angebote platzieren: Ein Gesundheitsprofil vor Ort, der verlässliche Beobachtungen schildert und so im Zusammenspiel mit dem Spezialitätenswissen des Zentrumsitals eine bessere Diagnose ermöglicht. Damit die Zahl zu spät entdeckter seltener Erkrankungen auch in ländlichen Gebieten reduziert wird.

# 6000 Personen demonstrieren gegen Coronamassnahmen

Die Protestierenden haben mehrheitlich gegen die Maskenpflicht verstoßen. Es kam offenbar zu Gewalt gegen Journalisten.

«Masken bringen uns nicht zum Schweigen», steht auf einem Schild eines älteren Mannes. «Impfpass gleich Kriegserklärung», lautet seine markige Parole darunter. Er ist einer von gegen 6000 Demonstrierenden, die sich am Samstag in Liestal zu einer Kundgebung versammelt haben.

Es war die bislang grösste Demonstration gegen die Coronamassnahmen in der Schweiz. Die Stadt Liestal hat sie bereits vor Wochen bewilligt. Die wichtigste Auflage – das Tragen einer Schutzmaske – wurde aber genüsslich ignoriert. Eigentlich trugen nur jene eine Maske, die diese als Teil ihres Kostüms, der weissen Schutzanzüge, benötigten. «Maskenpflicht für immer» oder «Gehorsam macht frei» lauteten zwei dieser Ansagen der Protestierenden. «Nazi-

Impfmörder» hielt ein anderer Mann auf seinem Schild hoch und forderte darunter zum Test, Impf- und Maskenboykott auf.

«Der Rechtsstaat funktioniert nicht mehr», schimpfte etwa der Basler Männerarzt Marco Caimi in seiner Rede. «Ist es eine Diktatur? Ist es eine Tyrannei? Ist es Totalitarismus?», fragte Caimi provokativ ins Publikum, welches dreimal mit einem lauten «Ja» antwortete.

## Kein Gummischrot gegen Maskenverweigerer

Die Baselbieter Polizei, die von Kollegen aus der Stadt Zürich unterstützt wurde, fand sich in einem Dilemma wieder. Ihre Aufforderung, Masken zu tragen, quittierte Jochen.

«Ich verurteile das Verhalten der Organisatoren und der Teilnehmenden scharf», sagt die

Baselbieter Sicherheitsdirektorin Kathrin Schweizer (SP) am Tag nach der Demonstration. «Es war klar Teil der Auflagen, dass die Teilnehmenden Gesichtsmasken tragen. Ansonsten hätte die Kundgebung keine Bewilligung erhalten.» Schweizer rügt auch die Veranstalter: «Die Organisatoren zeigten keinerlei Anstrengung, die Regeln durchzusetzen.» Die Sicherheitsdirektion prüfe, ob die Veranstalter im Nachhinein gebüsst werden können. Wegen der vielen Familien im Demonstrationsszug habe die Polizei richtigerweise auf Deeskalation gesetzt.

«Wir können nicht wegen des Nichttragens von Masken mit Gummischrot einschreiten», sagte Polizeisprecher Adrian Gaugler nach Ende der Demonstration. «Für uns hatte



Der Protestzug. Bild: Georgios Kefalas/Keystone (Liestal, 20. März 2021)

ein sicherer und ruhiger Ablauf Priorität.» Es sei für die Polizei eine Güterabwägung zwischen dem Durchsetzen der Massnahmen und Deeskalation gewesen. Es irritierte aber, dass sogar Personen aus dem Organisationskomitee, die als solche gekenn-

zeichnet waren, ohne Maske mit der Polizei diskutieren konnten, ohne dass diese sichtbar etwas dagegen unternahm.

Zwölf Personen wurden vorübergehend angehalten. Eine Person wurde gemäss Polizei bei einem Angriff verletzt und

musste ins Spital gebracht werden. Laut einem Video, das auf Twitter kursiert, handelt es sich um einen Journalisten. Zu sehen ist, wie er und eine andere Person auf dem Wasserturnplatz angegangen werden. Laut unbestätigten Angaben wurde der mutmassliche Täter verhaftet. Von der Polizei waren zum Vorfalle keine Angaben erhältlich.

Zu einer unbewilligten Demonstration kam es in Bern. Es wurden rund 650 Personen kontrolliert und weggeführt, davon wurden rund 600 verzeigt, wie es in einer Mitteilung heisst. Zudem seien 27 Personen für weitere Abklärungen auf den Polizeiposten mitgenommen worden. Sie wurden im Verlaufe des Abends wieder entlassen.

Tobias Gfeller